

Sächsische Zeitung

Nr. 291 Jahrg. 215

für Anhalt und Thüringen.

Einzelpreis 1 Mark

Bezugspreis: monatlich 12.50 — ohne Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Briefträger und unsere Auslieferungsträger entgegen.
Verkaufsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Central 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 6800 und 6610. — Postfach 20512.

Morgen-Ausgabe

Sonnabend, 24. Juni 1922

Anzeigenpreis: Die Basis 84 mm breite mm-Standardzeile. — Die Basis 90 mm breite mm-Standardzeile 10. — A. Rabatt nach Comm. Erklärungen Halle-Saale.
Verkaufsstelle Berlin: Domburger Str. 30. Fernruf Amt Kurflur Nr. 0299
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag v. Druck von Otto Ullrich, Halle-Saale

Hg. Dr. Helfferich rechnet ab

Eine vernichtende Kritik der Erfüllungspolitik — Irreführung des Reichstages durch die Regierung — Erfüllungspolitik ist Katastrophenspolitik — Hermes will weiter erfüllen — Die Sachlieferungsverträge angenommen

Deutscher Reichstag

Der Reichstag erledigte zunächst eine Reihe kleinerer Angelegenheiten.

Abg. Unterleitner (L) führt in einer Anfrage darüber Beschwerde, daß Reichswehrkommissionen sich nicht an das Gesetz halten, das die Befugnisse der Regimentskommissionen, die in Wirklichkeit monarchistische Demonstrationen waren.

Als Regierungssprecher antwortet Major von Scheffer: Die Reichswehr habe sich mit Genehmigung des Ministers an der Ehrenfeier für die Gefallenen des Regiments beteiligt. Mitglieder der bayerischen Königsfamilie hätten daran nur teilgenommen, weil auch sie in Beziehungen zu dem Regiment ständen. Zu monarchistischen Demonstrationen sei es nicht gekommen.

Die Ergänzungssache des Abgeordneten Unterleitner, ob auch der ehemalige Kronprinz Stuppert mit Genehmigung des Wehrkommissionärs die Besuche der Reichswehrkommissionen abgeben dürfe, wird vom Regierungssprecher nicht beantwortet.

Abg. Lambach (Dn) fragt, was die Genehmigung der deutschen Delegation nach Genoa zu Gefolge habe.

Ein Regierungssprecher befragt die Kosten auf rund 16 Millionen Mark.

Der Gesandtenrat zur Anwendung der Bestimmungen über den Disziplinardienst im Reichsdeutschem Gesetz wird ohne Debatte in allen drei Lesungen angenommen, ebenso das Gesetz über die durch die Abtretung preussischer Gebiete an Polen getroffenen Schulden. Der Entwurf der Reichsstaatsbankordnung wird dem Staatsratsauschuss überwiesen. Dann wird die Hauptsache über die außerpolitische Intervention fortgesetzt.

Abg. Reichardt und Dax, als ob die Sachlieferungsabkommen dem Deutschen Reich eine Wehrbelastung über die Verfallenen Vertragsverpflichtungen hinaus auferlegt hätten. Gegenüber den für Deutschland unerschwinglichen Bedingungen des Londoner Ultimatus hätten die Abkommen vielmehr wertvolle Erleichterungen gebracht.

Abg. Dr. Helfferich:

Deutschlands ganzer Name würde jedem aufsteigen, der die Anwendung der Besetzung sieht. Bei diesen erschütternden Umständen müßte jedem das Mißtrauen aufkommen und gestärkten deutschen Kaiserreich, das uns vor Augen steht als große Vergangenheit und als Schicksal unserer Zukunft. Die Demütigung des Kaiserreichs durch die Besetzung ist ein monumentales Drama, das die deutsche Geschichte erschüttert, das die Freiheit und den Willen unseres großen Kaiserreichs bismarck.

Es begriffe die besondere Stellung des Außenministers, habe aber kein Verhältnis für die abgeleitete Art, mit der er die furchtbare Drangsalierung der deutschen Bevölkerung an Rhein und Saar erweist hat. Wie Millionen, sondern Millionen, warum lassen Sie das nicht, Herr Minister? Die Bevölkerung an Rhein und Saar sieht sich im wahren Sinne verdrängt und verkauft. (Stürmische Unterbrechungen von Seiten der Sozialdemokraten.) Was jetzt an der Saarbesetzung vorliegt, ist das Ergebnis eines schamlosen Betruges, den sich die französische Regierung bei den Versailles Verhandlungen erlaubt hat.

Herrn (L) in einzelnen nachzuweisen, daß die Sachlieferungsabkommen nach einer Wehrbelastung Deutschlands bedeuten. Der deutsche Export werde durch die Besetzung der Sachlieferungsabkommen ab; dann müßte Artikel 8 des Londoner Abkommens in Kraft treten. Herr (L) nimmt dann seinen Parteifreund v. Obernberg gegen die Angriffe des Abg. Stummel in Schutz und stellt fest, daß eine unbedingte Wehrbesetzung der Saarbesetzung nach dem Vertrag habe Herr v. Obernberg die 500 Millionen bezahlt.

Die Erfüllungspolitik hat bisher die von der Regierung erhofften Früchte nicht gebracht, sondern unser Volk immer tiefer in Elend gestürzt. Das Ausland hat gesehen, daß es ein unter solcher Politik lebendes Volk nicht für rechtlich hält.

Die schärfsten Worten des Reichstages gegen die unangenehme Finanzkontrolle hat er nicht die Tat folgen lassen. Seine Offnungen auf Genoa sind gescheitert und er ließ den Reichsfinanzminister den Gasthof nach Paris annehmen. Mit der deutschen Note vom 9. Mai hat sich die Regierung in Gegenwart der von ihr selbst erstellten Kommission des Reichstages gegen die Finanzkontrolle gestellt. Selbst dem Reichsfinanzminister gingen diese Schritte zugunsten zu weit. Gott sei Dank sind die Antilieferungsverträge geschieden, die langfristige Anleihe hätte und nur eine Erleichterung unserer Lage gebracht. So sind wir wenigstens davon befreit, zu den unerschwinglichen Steuern nach neue furchtbarere Steuern auf uns zu nehmen, die bis zur Vermögenskonfiskation gehen. Wir verlangen, daß die Regierung sich jetzt von den Reparationskommissionen gegenüber eingeklinken wägen.

finanziellen Verpflichtungen als befreit betrachtet schon deshalb, weil sie nicht die Zustimmung des Reichstages gefunden haben. Die Regierung hat den Reichstag über ihre Haltung bei den Pariser Reparationsverhandlungen geradezu irreführt. Sie hat im wesentlichen alles das angegeben, was die Reparationskommission in ihrer Note verlangt und was der Reichstag als Erfüllungspolitik unannehmbar bezeichnet hat. So sind die Reparationskommission nach dem französischen Text „alle Mittel der Untersuchung“ ausgenommen worden, ebenso verpflichtet sich die deutsche Regierung nach demselben französischen Text, ihre Verpflichtungen mit der Reparationskommission zu verhandeln. Was bedeutet die Differenz zwischen dem deutschen und dem französischen Text? Wer soll hier hinter die Fassade gehen? Welcher Text gilt? (Stürmische Unterbrechungen. Große Zustimmung von rechts und links. Abg. Helfferich erhebt einen Ordnungsruf.)

Herrn (L) seine Ausführungen über die Reparationsverhandlungen mit dem Wort: Eine Regierung, die ohne Ermächtigung des Reichstages wesentliche Bestandteile der deutschen Souveränität verändert, gehört vor den Staatsgerichtshof.

Die weiteren Ausführungen des Redners über die Ausgaben für die Reparationsverhandlungen und über die Entschuldigungsverträge der Deutschen und künftigen Zusicherungen der Banken.

Herrn (L) schließt mit der Forderung, seine neuen Desinfektionsmittel mehr vorzunehmen. Die Fortsetzung der Erfüllungspolitik sei die sichere Katastrophe. Die Grenze der Erfüllungspolitik sei schon überschritten. Solange das deutsche Volk gelte: „Mit dem Finger am Himmels Rand man von der deutschen Regierung alles erreichen“, solange gebe es für Deutschland keine Rettung. Den Feinden müsse gesagt werden, daß es in Deutschland noch Männer gibt. (Stürm. Beif. rechts, ironische Ovationen links.)

Als **Herr Staecker** (Komm.) seine Rede beginnt, verläßt die Abgeordneten mit ein wenig Juchzen den Saal. Auch er bezieht die Behandlung der Bevölkerung am Rhein und Saar als einen Bruch des Völkerrechts, macht aber die weltumspannende Kriegsopfer dafür verantwortlich.

Abg. Sellmann (C) bekennt, daß Dr. Helfferich durch seine Rede die Einzelheiten vor dem Reichstag der französischen Geopolitik gerechtfertigt habe. Der letzte Name sei die Frucht der weltumspannenden und Helfferichs Politik. Wenn die Deutschnationalen das Kaiserreich herbeiführen, so würde seine Partei sich mit allen Mitteln gegen die Wiederkehr eines solchen Unfalls wehren. Das Meinland würde nicht von der Regierung bezaubert und verführt. Wenn Helfferich nur auf Tage unsere Politik setzen würde, wären Sozialrecht und Meinland in kurzer Zeit für Deutschland empfindlich verloren. Der Zusammenbruch des Heeres und die Schuld des Offizierskorps, der Zusammenbruch im Innern die Schuld der Arbeiter vom Schloß des Herrn v. Obernberg.

Abg. Korrell (Dn) G. ist hier bedauerlich, daß die ersten Sorgen, die uns heute beschäftigen, manchen Redner Veranlassung gegeben haben, hier als Schauplatz aufzutreten. Die Rede des Hg. Helfferich rechtfertigt das hier gefällte Urteil. Er sei der größte Probalot der Reichstages (schärfster Beifall). Ein Mann, dessen Erfüllungspolitik zu furchtbaren Folgen für unser Vaterland gehabt hat, läßt heute jetzt schweigend zur Seite zu stehen. (Schärfster Beifall.) Abg. Dr. Helfferich: Das mache ich, wie ich will. Ich bin bestrebt, Gebiet brauchen von Dr. Helfferich keine Anfeuerung zum Wort.

Die Deutschnationalen und deutschsozialistischen Ortsgruppen, die im Verlangen den Mund zu vollnehmen, sollten auch vor den französischen Kriegsopfern etwas mehr Wort zeigen als bisher. Wenn diese Leute solche Worte gebrauchen, sollten sie auch die Folgen gemeinsam mit den Angehörigen tragen und nicht ihre Opfer im besten Gebiet im Stich und zu schweren Strafen verurteilen lassen. In dem Glauben sei nicht die gegenwärtige Sachlage, sondern die Verantwortung der Regierung und der Versailles Vertrag. Auch seine Partei betrachte die Verhandlungen der letzten Monate die Verantwortung der gegenwärtigen Verpflichtungen. Herr (L) fordert die Regierung auf, die Reparationskommission zu erlösen, Widerlungen hinsichtlich der Kohlenlieferungen einzutreten zu lassen, und fordert eine Abkehr von der unmöglichen Tarifpolitik des Ministers Gnoener.

Reichsfinanzminister Dr. Gnoener: Dr. Helfferich hat weit über das Ziel hinausgeschossen. Zunächst ist seit dem Londoner Ultimatum eine Erleichterung unserer Verhältnisse eingetreten, die wir auf dem von ihm vorgezeichneten Weg sicher nicht erreicht hätten. Zum erstenmal ist vor einem internationalen Expertengremium anerkannt worden, daß die Möglichkeit unserer Sanierungs- und Zahlungsabläufe, um an der Erfüllung der Verpflichtungen hindere. Wir haben die Mittel nie um ihrer selbst willen erreicht, sondern zur Wiederherstellung eines gesunden europäischen Wirtschaftslebens. Sie ist nicht aufzugeben, unsere Arbeit wird weiter bemüht sein, unsere Bei-

tragungsmaßnahme zu feigern. Zu den Bemängelungen des Abgeordneten Helfferich an der Hebertragung der Note habe ich zu erklären, daß der Originaltext der deutsche ist. Die Hebertragung, die regelmäßig in französischer oder englischer Sprache beigegeben wird und deren Herstellung von der parlamentarischen Kommission beauftragt wird, dient dazu, Mißverständnisse zu vermeiden. Jeder, der mit der Hebertragung in fremde Sprachen zu tun hat, weiß, daß es ganz unzulässig ist, eine willkürliche Hebertragung oder freisprechende Hebertragung herzustellen. Ich kann nicht annehmen, daß Helfferichs Bemängelungen gutgehen, weil auch nicht, welches Interesse er hat, hier zu behaupten, die deutsche Regierung habe weitergehende Zusagen gegeben, als es der deutsche Text ergibt. Der Geist der verschiedenen Sprachen und die Gebrauchlichkeit in der Form bei den verschiedenen Völkern können zu Missverständnissen führen, die die wichtigste Hebertragung verdrängen zu bedeuten können, obgleich nichts bedacht werden ist. Was werden die Verhandlungen weiterführen und erhoffen ein Ergebnis, das ganz Europa eine Politik der Gerechtigkeit und Gerechtigkeit ermöglicht. Bei den Verhandlungen gelten für uns die Vorbehalte: 1. die deutsche Souveränität darf nicht angefaßt werden, 2. keine Einwirkung der gegenseitigen Einwirkung der Verwaltung, 3. keine Verletzung des Steuergeheimnisses.

Abg. Dr. Helferich freut sich, daß die Regierung die Auffassung seiner Partei befestigt, wonach der deutsche Text maßgebend ist. Er bebaue aber, von der Regierung keine Entscheidung in richtunggebender Erklärung zu geben, was ihm unangenehm sei, angesichts der herabsetzenden Unvollständigkeit, die unterm Volk angefangen werde. Die Deutschnationalen seien für unsere Politik eine ganz neue Grundlage, auf der die Regierung die Parteien im weiteren Rahmen nach rechts und links zusammenführen könne. Wenn sie so alle arbeitsschwilligen Teile des Hauses zusammenfassen, könnte sie größere Erfolge als bisher erzielen.

Abg. Dr. Helfferich

erklärt, ihm sei ein Heißsein vom Herzen geflossen nach der Hebertragung, daß für die Noten der deutsche Text gelte. Er läßt auch künftig nur die deutsche Sprache für die Verhandlungen unserer Regierung gelten zu lassen, damit zu große Hebertragungsfehler keine schlimmen Folgen haben. Herr (L) hat er heraus, daß der Text der Noten der früheren Erklärung des Reichstages widerspreche und durch den Reichstagsartikel gebildet sei. Redner weiß dann die Angriffe Korrells zurück und geht auf politische Vorgänge der Reichstagsarbeit ein, um aufzuweisen, daß er aus dem unbedingten H-Boothrieg gezwungen habe, seine Demission eingereicht habe, als der Reichstagsminister dem H-Boothrieg zustimmte. Erst mit Rücksicht auf Willens empfindende Note habe er seine Stellung gehalten.

Hg. Grippen (L) bezeugt, daß die Regierung sich nicht über innere Finanz- und Steuerpolitik ausgeprochen habe, die die Reparationsleistungen ermöglichen solle. Die Parteien dürfen nicht auf die Arbeiter allein gehen werden.

Abg. Dr. Eymann (Ztr.) bezeugt, daß die feierlich im Reichstages abgegebene Zentrumserklärung dem damaligen Kanzler eine blinde Willmacht zur Anwendung des H-Boothrieges gegeben habe.

Hg. Helfferich hält demgegenüber seine Auffassung aufrecht. Nach persönlichen Bemerkungen werden die Sachlieferungsverträge in zweiter und dritter Beratung gegen die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Kommunisten angenommen.

Morgen 12 Uhr keine Vorlagen.

Die Einführung Calenders

Königsbrücke, 23. Juni.

Die Hebergabe der Stadt Königsbrücke an die politischen Behörden erfolgte gestern reibungslos. Der Einzug des königlichen Militärs findet heute statt.

Reuthen, 23. Juni.

Der Bevollmächtigte der deutschen Regierung, Staatssekretär Dr. Eymann, ließ den Präsidenten der gemischten Kommission, Calonder, bei der Einführung in sein Amt in Kattowitz namens der deutschen Regierung aufs herzlichste willkommen sein. Dr. Eymann habe besonders auf die schwierigen Aufgaben hin, die der Präsidenten barren, da Oberpräsident ein einträchtiges mit ihnen haben untereinander verbindliches Verhältnis zu sein. Auch der Reichsverband habe keine Anerkennung und habe, um die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen Oberpräsidenten, das zwar staatlich geteilt wurde, aufrechtzuerhalten zu können, in der Form der gemischten Kommission und des Schiedsgerichtes eine Institution geschaffen, die die gemeinsamen Interessen des Landes zu vertreten habe. Dr. Eymann schloß seine Begrüßungs- und Einführungsworte an den Präsidenten Calonder mit dem Ausdruck des Dankes für seinen Entschluß, dies Amt übernommen zu haben.

Bei der Einführung des Präsidenten des Schiedsgerichtes, Professor Kaefenbein in Reuthen, sprach Staatssekretär Eymann namens der deutschen Regierung den Wunsch aus, daß seine Tätigkeit dem Wohl beider Teile Oberpräsidenten dienen möge.

Dollar amtlich 331,08 G.

